

Wir arbeiten an diesen Themen:

Flucht & Migration

- Die Visa Warndatei
- Europol-Novelle
- FRONTEX, die EU-Grenzschutzagentur
- Die europäische Fluggastdatenbank (PNR)
- Schengen-Informationssystem II

Polizei, Geheimdienste & Militär

- Vorratsdatenspeicherung
- Video- und Lauschangriff auf Wohnungen
- Datenabgleich zwischen Polizei und Geheimdiensten (GTAZ)
- Das zentrale Bundesmelderegister BZR
- Rasterfahndung in zentralen Datenbanken
- Biometrische Daten in Ausweis und Pass
- Online Durchsuchung privater PCs

SchülerInnen-Themen

- Baby-Datei, Schüler-Datei
- Kein Militär an Schulen
- Zivilklauseln an die Unis
- Persönlichkeitsprofile, lebenslang abgestempelt

Verbraucher- und ArbeitnehmerInnen-Datenschutz

- Gläserner Bürger, Kundenkarten, Scoring
- Die elektronische Gesundheitskarte
- Für Datenschutz auch am Arbeitsplatz
- Personaldaten, Bewerberdaten, Krankendaten, Videoüberwachung
- Gegen den elektronischen Einkommensnachweis ELENA Nachfolger „Bea“, „OMS“
- Die bundeseinheitliche Steuernummer

Zensur & Informationsfreiheit

- Gegen Internetsperren und Zensur
- Für Netzneutralität & Informationsfreiheit
- Für den Schutz von Whistleblowern
- Stopp ACTA ~ TAFTA ~ TTIP, CETA, TISA
- Open Source statt Kommerzialisierung

Verteidigen wir gemeinsam
unser Grundgesetz,
unser Recht auf informationelle
Selbstbestimmung
und die Menschenwürde!

**Alle können mitmachen und
sich mit uns für ihre
Bürgerrechte einsetzen.**

Aktion Freiheit statt Angst e.V.

Rochstr. 3,
D-10178 Berlin
kontakt@aktion-fsa.de
www.aktion-freiheitstattangst.org

Spendenkonto:

GLS Bank

IBAN DE74 4306 0967 1105 2041 00

BIC GENO DE M 1 GLS

Der Verein ist seit 01.01.2011 nach §§ 52 1(2) Nr. 24 AO
als gemeinnützig anerkannt, Spenden sind steuerlich absetzbar.

Treffen:

Antikriegs-Café COOP
Rochstr. 3 (Nähe Alexanderplatz)
Termine auf Website unter „Über uns“/„Treffpunkt“



**AKTION
FREIHEIT
STATT ANGST**

**Für Freiheitsrechte,
gegen Massen-Überwachung
und Sicherheitswahn**

Mitglied im European
Civil Liberties Network



**Menschenrechte
einhalten**

**Asylrecht
wiederherstellen**





Asyl ist ein Grundrecht

Das Asylrecht für politisch Verfolgte war bis 1993 ein im Grundgesetz verankertes Grundrecht für jeden einzelnen Verfolgten. Die damalige CDU Regierung beschnitt dieses Grundrecht im Widerspruch zu den völkerrechtlich verbindlichen Flüchtlings- und Menschenrechtskonventionen. Asyl darf nur im ersten Land der EU beantragt werden, welches der Flüchtling betritt (Drittstaatenregelung). Es wurde eine Liste angeblich „sicherer Herkunftsländer“ eingeführt sowie die Beschneidung des Rechtsschutzes.

Die Anpassung des Asylrechts an die EU Richtlinie 2013/32-33/EU nahm die Große Koalition 2015 zum Anlass, weitere Verschlechterungen menschenrechtlicher Standards einzuführen, indem sie weitere Staaten als „sichere Herkunftsländer“ definierte, die Anerkennungsverfahren für Jugendliche verschlechterte, Abschiebungen nach Dublin III und eine Residenzpflicht einführte und den Familiennachzug beschränkte.

2016 nach dem großen Anwachsen der Flüchtlingszahlen wurden weitere Menschenrechte über Bord geworfen

- fehlende Dokumente können zur Ablehnung führen,
- der Familiennachzug wird für 2 Jahre komplett ausgesetzt,
- auch Kranke können abgeschoben werden.

Inzwischen werden afrikanische Staaten mit „Hilfsgeldern“ bestochen, um Internierungslager aufzubauen, in denen „vorgelagert“ über eine „Weiterreise“ entschieden werden soll.

Aufrüstung an den EU Außengrenzen

Neben diesen das Asylrecht praktisch aufhebenden Regelungen wurden die Zugangswege nach Europa weiter eingeschränkt.

FRONTEX

Frontex, die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union, wurde am 26. Oktober 2004 gegründet, um

- in den Mitgliedstaaten Rückführungsaktionen, d.h. Abschiebungen vorzunehmen
- die Zusammenarbeit der Polizeibehörden, Europol und CEPOL zu verbessern und
- inzwischen selbst mit Schnellbooten und Hubschraubern die Grenzen zu überwachen.

Diese „europäische Sicherheitsarchitektur“ wird unterstützt durch den Aufbau und die Vernetzung europäischer Datenbanken (EuroDAC, das Schengen Informationssystem II, Visa Waiver, Flugreisedaten) mit einer umfassenden Sammlung und Speicherung von Daten aller Menschen aus möglichst vielen Lebensbereichen (biometrische Daten, Finanz-Kommunikations-, Reise- und Bewegungsdaten).

Seit Jahren beobachten wir, dass durch diese Abschottungspolitik unzählige Menschen den Versuch, nach Europa zu gelangen, mit ihrem Leben bezahlen. Nachgewiesen sind mehrere Tausend Tote pro Jahr, und die Dunkelziffer der im Mittelmeer Ertrunkenen liegt noch viel höher. Nach internationalem Seerecht verpflichtende Rettungen sind unterblieben, Schiffe wurden mit der Warnung „gefährliches Treibgut“ von den in Seenot Treibenden weggeleitet, und Helfer werden mit vorgeschobenen Prozessen wegen „Schlepperei“, so z.B. gegen den Kapitän der Cap Anamur und gegen tunesische Fischer, verfolgt.

Diejenigen Geflüchteten, die es trotzdem zu uns geschafft haben und erst mal bleiben dürfen, werden „geduldet“. Dies geschieht oft in Sammellagern und ohne Arbeitserlaubnis. Die Menschen werden durch den rassistischen Alltag entrechtet oder leben als „Papierlose“ völlig im Untergrund.

Auch den im Asylverfahren Anerkannten schlägt nach der „Willkommenskultur“ 2015 inzwischen eine durch ausländerfeindliche Hetze erzeugte Stimmung entgegen.



Informieren und engagieren Sie sich! Bürgerrechtsarbeit kostet Geld.

Bitte unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!



Dagegen wollen wir uns aussprechen und Hilfe anbieten!

Wir fordern:

- Wiederherstellung des Asylrechts
- Schluss mit dem Status der Duldung
- Beschleunigung des Aufnahmeverfahrens